Volksabstimmung vom 28. September 1997

Erläuterungen des Bundesrates

1. Finanzierung der Arbeitslosenversicherung

2. Initiative "Jugend ohne Drogen"
Worum geht es?

1

Erste Vorlage
Sparen auch bei der Arbeitslosenversicherung

2

Zweite Vorlage
Volksinitiative
"Jugend ohne Drogen"

Die Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" befürwortet eine Politik, die alle Massnahmen verbietet, welche nicht ausschliesslich und direkt auf die Drogenabstinenz zielen. Der Bundesrat und das Parlament lehnen diese Initiative ab, denn sie würde die Weiterführung einer effizienten, realistischen und menschlichen Politik verhindern, welche den Drogenabhängigen hilft, von der Droge loszukommen.
Erste Vorlage
Bundesbeschluss über
die Finanzierung der
Arbeitslosenversicherung

Die Abstimmungsfrage lautet:
Wollen Sie den Bundesbeschluss
vom 13. Dezember 1996 über
die Finanzierung der Arbeitslosen-
versicherung annehmen?

Der Nationalrat hat die Vorlage
mit 105 zu 65 Stimmen gutgeheissen,
der Ständerat mit 36 zu 5 Stimmen.
Überlastete Arbeitslosenversicherung

Unumgängliche Sparmassnahmen

Notwendige Kürzung der Taggelder
Damit sich die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung nicht weiter verschlechtern, müssen die Taggelder, welche den Hauptteil der Ausgaben darstellen, gekürzt werden, und zwar um drei Prozent beziehungsweise für die niedrigsten Einkommen oder bei Unterhaltspflichten gegenüber Kindern um ein Prozent. Mit dieser Massnahme können rund 70 Millionen Franken pro Jahr gespart werden, ohne dass der Schutz gegen die Arbeitslosigkeit beeinträchtigt wird.

Warum das Referendum?
Das Referendum wurde von einem Arbeitslosenkomitee in La Chaux-de-Fonds ergriffen. Dieses Komitee kritisiert vor allem die Kürzung der Taggelder.

Überlegungen von Bundesrat und Parlament